

IHS Sociological Series
Working Paper 70
May 2005

Gender als mainstream: Doing Gender in Theorie und politischer Praxis

Andrea Leitner





INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

Impressum

Author(s):

Andrea Leitner

Title:

Gender als mainstream: Doing Gender in Theorie und politischer Praxis

ISSN: Unspecified

**2005 Institut für Höhere Studien - Institute for Advanced Studies
(IHS)**

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

[E-Mail: office@ihs.ac.at](mailto:office@ihs.ac.at)

Web: www.ihs.ac.at

All IHS Working Papers are available online:

http://irihs.ihs.ac.at/view/ihs_series/

This paper is available for download without charge at:

<https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/1633/>

70

Reihe Soziologie
Sociological Series

Gender als mainstream
Doing Gender in Theorie
und politischer Praxis

Andrea Leitner

70

Reihe Soziologie
Sociological Series

Gender als mainstream
Doing Gender in Theorie
und politischer Praxis

Andrea Leitner

Mai 2005

Institut für Höhere Studien (IHS), Wien
Institute for Advanced Studies, Vienna

Contact:

Andrea Leitner
☎: +43/1/599 91-139
email: leitnera@ihs.ac.at

Founded in 1963 by two prominent Austrians living in exile – the sociologist Paul F. Lazarsfeld and the economist Oskar Morgenstern – with the financial support from the Ford Foundation, the Austrian Federal Ministry of Education, and the City of Vienna, the Institute for Advanced Studies (IHS) is the first institution for postgraduate education and research in economics and the social sciences in Austria. The **Sociological Series** presents research done at the Department of Sociology and aims to share “work in progress” in a timely way before formal publication. As usual, authors bear full responsibility for the content of their contributions.

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 von zwei prominenten Exilösterreichern – dem Soziologen Paul F. Lazarsfeld und dem Ökonomen Oskar Morgenstern – mit Hilfe der Ford-Stiftung, des Österreichischen Bundesministeriums für Unterricht und der Stadt Wien gegründet und ist somit die erste nachuniversitäre Lehr- und Forschungsstätte für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Österreich. Die **Reihe Soziologie** bietet Einblick in die Forschungsarbeit der Abteilung für Soziologie und verfolgt das Ziel, abteilungsinterne Diskussionsbeiträge einer breiteren fachinternen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die inhaltliche Verantwortung für die veröffentlichten Beiträge liegt bei den Autoren und Autorinnen.

Abstract

Gender Mainstreaming is a new concept for gender politics, that can hardly fulfil what it theoretically promises. One reason for this is its missing relation to the feminist discourse. The paper pursues the feminist basis for gender mainstreaming. It analyses the concept of doing gender and the social construction of gender und discusses its political implementation.

Zusammenfassung

Gender Mainstreaming wird als neues Konzept der Gleichstellungspolitik zwar vielfach zitiert, bleibt aber in seiner praktischen Umsetzung weit hinter den theoretischen Erwartungen zurück. Nicht zuletzt deshalb, weil dieser Ansatz meist losgelöst vom feministischen Diskurs angewendet wird. Der vorliegende Beitrag geht den theoretischen Grundlagen von Gender Mainstreaming nach, indem der Ansatz des Doing Gender und der sozialen Konstruktion von Geschlecht beleuchtet und hinsichtlich seiner politischen Umsetzbarkeit diskutiert wird.

Keywords

Doing Gender, Social construction of gender, Gender Equality, Gender Mainstreaming

Schlagwörter

Doing Gender, Soziale Konstruktion von Geschlecht, Gleichstellungspolitik, Gender Mainstreaming.

Contents

1. Einleitung	1
2. Soziale Konstruktion von Geschlecht im feministischen Diskurs	1
2.1 Doing Gender.....	3
2.2 Soziale Konstruktion von Geschlecht.....	5
3. Doing Gender und Gleichstellungspolitik	8
3.1 Doing Gender durch politische Institutionen	8
3.2 Bedeutungsverlust oder Omnirelevanz der Kategorie Geschlecht?	10
3.3 Paradoxien einer konstruktivistischen Politik	11
4. Doing Gender und Gender Mainstreaming	13
5. Schlussfolgerungen	16
6. Literatur	19

1. Einleitung

„Geschlecht hat man nicht, sondern man tut es!“ So lässt sich der Ansatz der sozialen Konstruktion von Geschlecht in einem Satz umschreiben. Die Sex-Gender-Debatte hat den feministischen Diskurs der 1990er Jahre geprägt und die Frauenbewegung bzw. die FeministInnen gespalten. Wieweit Geschlecht sozial konstruiert ist, wie dies das Geschlechterverhältnis beeinflusst und zu welchen politischen Konsequenzen dies führt, wurde und wird unterschiedlich interpretiert. Mittlerweile scheint zwar innerhalb der FeministInnen ein Konsens gegeben, dass das Geschlecht nicht (allein) natürlich bestimmt ist und es mehr als zwei Geschlechter gibt. Doch in der politischen Praxis bleibt die Zweigeschlechtlichkeit mit der Betonung der Unterschiede zwischen Männern und Frauen dominant. Die Gleichstellungsstrategie Gender Mainstreaming setzt an der Gestaltung des Geschlechterverhältnisses durch die Politik an, indem verhindert werden soll, dass sich durch politische Interventionen Geschlechterhierarchien verstärken und damit die Benachteiligungen von Frauen oder Männer verfestigen. Doch birgt dieser Ansatz die Gefahr in sich, dass die feministischen Forderungen verschwinden.

Im vorliegenden Beitrag werden zunächst die theoretische Ansätze zum doing gender und der sozialen Konstruktion dargestellt (Abschnitt 2). Welche Anforderungen und Probleme sich daraus für die politische Praxis ergeben, wird in Abschnitt 3 diskutiert. Wieweit Gender Mainstreaming ein konstruktivistisches Genderkonzept aufnimmt, wird in Abschnitt 3 analysiert und in den Schlussfolgerungen mit den Ansprüchen und Problemen des doing gender-Konzepts in der politischen Praxis verknüpft.

2. Soziale Konstruktion von Geschlecht im feministischen Diskurs

Nachdem im feministischen Diskurs primär die großen Folgen des kleinen Unterschieds der Geschlechter betrachtet wurden, rückten in den 1980er Jahren verstärkt die Voraussetzungen zur Unterscheidung zweier Geschlechter und Fragen der kulturellen Repräsentation der Geschlechterdifferenz in den Mittelpunkt (Knapp 2000). Dies erfolgte aus einer ethnomethodologischen Perspektive, indem die Geschlechterverhältnisse selbst zum Forschungsinhalt wurden. Davor ging es eher um die Frage, wie das Geschlechterverhältnis sein sollte und welche Benachteiligungen abgebaut werden sollten, aber weniger darum, wie das Geschlechterverhältnis entstanden ist. Wie Frauen und Männer gedacht und wahrgenommen werden, rückte damit in den Mittelpunkt.

Ausgelöst wurde diese Entwicklung durch die Tatsache, dass die Zugehörigkeit zur Genus-Gruppe „Frauen“ weder mit gleichen Erfahrungen noch mit identischen Problemlagen verbunden ist. Die Diskurse zur Geschlechterdifferenz (Fragen zur Ähnlichkeit und

Verschiedenheit sowie Formen sozialer Ungleichheit unter Frauen, vgl. z.B. Klinger 1995) sind daher eng mit der Sex-Gender-Debatte verknüpft. Die essentielle Gleichheit von Frauen wird in Frage gestellt. Es ist immer weniger einsichtig, wie die Bezugnahme auf *eine* real definierbare Personengruppe Frauen zu legitimeren ist (Hagemann-White 1993, S. 26f).

Entsprechend dem traditionellen Geschlechterdifferenzmodell ist das biologische Geschlecht (sex) mit dem sozialen Geschlecht (gender) ident. Das biologische Geschlecht wird für soziales Verhalten verantwortlich gemacht und alle Individuen lassen sich wie selbstverständlich entsprechend der biologischen Kategorie Geschlecht zuordnen. Entweder ist man Mann oder Frau. Diese eindeutige Zuordnung baut auf einem bipolaren Geschlechterkonzept auf.

Doch schon in den 1960er Jahren unterscheidet man in der medizinisch-psychiatrischen Diskussion die Begriffe Sex und Gender (Knapp 2000).¹ In den 70er Jahren wurden sie vom Feminismus aufgegriffen, um biologische Argumente zur „Natur der Frau“ besser zurückweisen zu können. Geschlechtsnatur sollte nicht unveränderbar die soziale Stellung und Rolle bestimmen. Frauen und Männer werden selbst zu Konstrukteuren der gelebten Geschlechterdifferenzen. Dabei ist nicht nur zwischen typisch männlichen und typisch weiblichen Verhaltensweisen zu unterscheiden, sondern es gilt ein multiples Geschlechterkonzept, indem ein Kontinuum sozialer Geschlechterdimensionen besteht.

Dieser Wandel in der Geschlechtervorstellung hat sich nicht im Sinne eines Erkenntnisfortschritts vollzogen, indem bipolare Geschlechterkonstruktionen und die biologische Dimension von Geschlecht aufgegeben wurden. Weiterhin bestehen unterschiedliche Sichtweisen auf die Kategorie Geschlecht und konkurrieren unterschiedliche konstruktivistische Ansätze miteinander. Biologische Geschlechterdifferenzierungen existieren neben sozial konstruierten Differenzierungen weiter (Leitner 2002). Innerhalb der konstruktivistischen Theorien besteht eine Konkurrenz unterschiedlicher Ansätze, wie dem ethnomethodologischen Konstruktivismus (z.B. West/Zimmermann 1987), der diskurstheoretischen Dekonstruktion (Butler 1991) oder der Systemtheorie Luhmannscher Prägung (Pasero 1994).

Die folgende Darstellung basiert primär auf dem ethnomethodologisch orientierten Ansatz von West und Zimmermann (1987), durch die der Begriff des „Doing Gender“ geschaffen wurde, sowie auf den Arbeiten von Gildemeister und Wetterer (1992), die diesen Ansatz in die deutsche Gender-Diskussion eingebracht haben. Ich konzentriere mich also auf die

¹ Diese Begriffe wurden von den Sexualwissenschaftlern John Money und John Hamson geprägt.

„Klassiker“ des Doing Gender-Ansatzes, der in den letzten Jahren in unterschiedlichen Richtungen weiterentwickelt und in empirischen Arbeiten weiterentwickelt wurde.²

2.1 Doing Gender

Die Leitfrage einer konstruktivistischen Geschlechtersoziologie lautet: *„Wie kommt es zur binären wechselseitigen exklusiven Klassifikation von zwei Geschlechtern und wie funktioniert die alltägliche Aufrechterhaltung dieser Exklusivität?“* (Knapp 2000, 74). Candice West und Don Zimmerman haben diese Fragen 1987 in ihrem vielzitierten Artikel *„Doing Gender“*³ gestellt und zur Beantwortung Anleihen bei Harold Garfinkel und Erving Goffmann genommen. Untersuchungsgegenstand sind die alltäglichen Zuschreibungs-, Wahrnehmungs- und Darstellungsroutinen, das „doing gender“. Sie schaffen eine Neufassung der sex-gender-Relation, indem das biologische Geschlecht nicht mehr als determinierend für das soziale Geschlecht, sondern ihre Beziehung reflexiv verstanden wird. Am Beispiel von Garfinkel's Fallstudie zur transsexuellen Agnes zeigen sie, dass Geschlecht durch Interaktion geschaffen wird und gleichzeitig Geschlecht die Interaktion strukturiert. Sie unterscheiden zwischen drei voneinander unabhängigen Faktoren, die bei der sozialen Konstruktion des Geschlechts eine Rolle spielen: Erstens, das körperliche oder biologische Geschlecht (sex), zweitens, die soziale Zuordnung zu Geschlecht (sex category) und drittens, das soziale Geschlecht (gender). Die Beziehung zwischen diesen Elementen erfolgt als reflexiver Prozess, indem es immer wieder zur Konstituierung einer geschlechtlich bestimmten Person in ihrem spezifischen sozialen Kontext kommt.

„Sex is a determination made through the application of socially agreed upon biological criteria for classifying persons as females or males. The criteria for classification can be genitalia at birth or chromosomal typing before birth, and they do not necessarily agree with one another. Placement in a sex category is achieved through application of the sex criteria, but in everyday life, categorization is established and sustained by the socially required identificatory displays that proclaim one's membership in one or the other category. In this sense, one's sex category presumes one's sex and stands as proxy for it in many situations, but sex and sex category can vary independently; that is, it is possible to claim membership in a sex category even when the sex criteria are lacking. Gender, in contrast, is the activity of managing situated conduct in light of normative conceptions of attitudes and activities appropriate for one's sex category. Gender activities emerge from and bolster claims to membership in a sex category.“
(West/Zimmerman 1998, 169)

² Unter den Begriffen „Geschlechterkonstruktion“ und „doing gender“ erfolgte mittlerweile eine unüberschaubare Menge an Publikationen, die hinsichtlich Gegenstandsbezug und theoretischem Bezugsrahmen teils große Unterschiede aufweisen (vgl. Wetterer 2004, Benke/Meuser 1999).

³ Hier wird der Nachdruck des Artikels im Sammelband von Myers/Anderson/Risman (1998) verwendet.

Geschlecht ist diesem Verständnis zufolge nicht ein Merkmal, das eine Person ein für alle Mal hat, sondern eine in sozialer Interaktion immer wieder aufs Neue herzustellende Leistung, an der alle InteraktionspartnerInnen beteiligt sind. Ein Geschlecht hat man nicht einfach, man muss es „tun“, um es zu haben. Selbst der Körper wird nicht mehr als Garant einer fraglos gegebenen Geschlechtlichkeit gesehen. Im alltäglichen „doing gender“ wird die Geschlechterdifferenz dadurch erzeugt, dass die Handelnden sich kontinuierlich zu Frauen und Männern machen und machen lassen (Behnke/Meuser 1999, 41).

In diesem Zusammenhang werfen West/Zimmerman die Frage auf: „*Can we ever avoid doing gender?*“ Wie auch von anderen SozialkonstruktivistInnen wird diese Möglichkeit von ihnen strikt abgelehnt:

“Insofar as a society is partitioned by ‘essential’ differences between women and men and placement in a sex category is both relevant and enforced, doing gender is unavoidable.” (West/Zimmerman 1998, 177)

“It is unavoidable because of the social consequences of sex-category membership: the allocation of power and resources not only in the domestic, economic, and political domains but also in the broad arena of interpersonal relations. In virtually any situation, one’s sex category can be relevant, and one’s performance as an incumbent of the category (i.e. gender) can be subjected to evaluation. Maintaining such pervasive and faithful assignment of lifetime status requires legitimation.” (West/Zimmerman 1998, 185)

Dafür, dass das Geschlecht omnipräsent bleibt, sorgt nach West/Zimmerman ein reichhaltiges symbolisches Repertoire, das von einer unterschiedlichen Kleider- und Frisurenordnungen bis hin zu verschiedenen Körperpraxen reicht („weibliche“ oder „männliche“ Blicke, Gesten, Haltungen etc.). Die Einhaltung dieser Geschlechtssymbole bzw. -rituale unterliegt der gesellschaftlichen Kontrolle.

„If we do gender appropriately, we simultaneously sustain, reproduce and render legitimate the institutional arrangements that are based on sex category. If we fail to do gender appropriately, we as individuals – not the institutional arrangements – may be called to account (for our character, motives, and predispositions).“ (West/Zimmerman 1998, 186)

Die Beziehung zwischen Geschlechtskategorie und sozialem Geschlecht verknüpft also die institutionelle und individuelle Ebene. Damit werden soziale Regelungen, die auf Geschlechterkategorien basieren, legitimiert und Geschlechterdifferenzen durch face-to-face-Interaktionen verstärkt. Das dabei verwendete symbolische Repertoire ist nicht neutral, die gesellschaftliche Formbestimmtheit des Geschlechterverhältnisses, die soziale Ungleichheit der Geschlechter wird in ihm mit-repräsentiert (Behnke, Meuser 1999, 41).

Gender tritt wie dies von Joan Acker (1990) herausgearbeitet wurde, in mindestens fünf ineinandergreifenden Prozessen auf (vgl. Ostendorf 1996):

1. Konstruktion von Trennungen entlang der Geschlechtergrenzen zur Aufrechterhaltung der Strukturen von Familie, Staat und Arbeitsmarkt (z.B. geschlechtsspezifische Arbeitsteilung).
2. Konstruktion von Symbolen und Bildern, die diese Teilungen erklären, ausdrücken, verstärken und manchmal entgegentreten (z.B. Sprache, Ideologie, Medien).
3. Interaktionen zwischen Frauen und Männern, Frauen und Frauen, Männern und Männern mit allen Mustern der Dominanz und Unterwerfung.
4. Geschlechtliche Bestandteile der individuellen Identität, die auf den ersten drei Prozessen basieren (z.B. Wahl der passenden Kleidung, Beruf, Darstellung des Selbst als geschlechtszugehöriges Mitglied der Organisation).
5. Gender als konstitutives Element organisationaler Logik zur Erzeugung und begrifflichen Fassung sozialer Strukturen.

2.2 Soziale Konstruktion von Geschlecht

Im deutschsprachigen Raum wurden die sozialkonstruktivistischen Perspektiven in den 1980er Jahren von Carole Hageman-White aufgenommen und Anfang der 1990er Jahre von Regine Gildemeister und Angelika Wetterer verbreitet. Letztere argumentieren mit der sozialen Konstruktion von Geschlecht gegen die in Teilen der deutschen Frauenforschung bestehende Präferenz für die Theoretisierung und Positivierung der Zweigeschlechtlichkeit.

„Während in der Gender-Forschung inzwischen subtile Einzelheiten der sozialen Konstruktion der Differenz diskutiert werden, argumentiert die Frauenforschung hierzulande noch häufig so, als könne man weiter unbesehen von der Zweigeschlechtlichkeit als einer Naturtatsache ausgehen und als wären auch politische Entwürfe nur im Rahmen des vorgegebenen Rasters „männlich-weiblich“ möglich.“
(Gildemeister/Wetterer 1992, 203)

Auch im deutschen Raum wurde die Unterscheidung zwischen „sex“ und „gender“ aus dem angloamerikanischen Raum übernommen und damit die Unterschiede zwischen den Geschlechtern als Ergebnis historischer Entwicklungen und nicht mehr als Ergebnis natürlicher Unterschiede interpretiert. Die geschlechtsspezifische Sozialisation und Arbeitsteilung wurden damit zum Schwerpunkt in der empirischen Forschung und das Geschlechterverhältnis als grundsätzlich veränderbar aufgefasst. Doch die Beziehung

zwischen sex und gender war mit zumindest zwei grundlegenden Aporien verbunden: Zum einen blieb das biologische Geschlecht bestimmend für das soziale Geschlecht; der Biologismus blieb also vorgelagert. Zum andern hielt man an binären Geschlechterstrukturen fest.

Die Kritik von Regine Gildemeister und Angelika Wetterer richtete sich insbesondere gegen das Konzept des „weiblichen Arbeitsvermögens“. Ilona Ostner und Elisabeth Beck-Gernsheim entwickelten Ende der 70er Jahre den Ansatz des weiblichen Arbeitsvermögens (Beck-Gernsheim 1979, Ostner 1982). Sie erklären die Existenz der Frauenberufe mit der weiblichen Sozialisation. Aufgrund ihrer Sozialisation wären Frauen anders als Männer und wählen andere Berufe. Die Segregation am Arbeitsmarkt wird demnach durch die Reproduktionsaufgaben der Frauen bzw. durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bestimmt und nicht allein durch wirtschaftliche Faktoren, wie dies in den ökonomischen Konzepten bislang angenommen wurde. Damit wurde aber die biologische Determiniertheit der Geschlechter nicht in Frage gestellt, im Gegenteil, die Andersartigkeit der Frauen als Basis für politische Forderungen der Aufwertung weiblicher Fähigkeiten und Tätigkeiten verwendet.

„Wir haben es auf einer Ebene mit einer fortwährenden Ausdifferenzierung und Re-Formierung der hierarchischen Struktur des Geschlechterverhältnisses zu tun, mit einem andauernden Prozeß der Re-Konstruktion der Geschlechterhierarchie. Und wir haben es auf einer zweiten Ebene – der Ebene der Legitimationen und der kulturellen Repräsentationen von Weiblichkeit und Männlichkeit – zu tun mit einem beständigen Prozeß der Auslegung, der Um- und Neuformulierung der Geschlechterdifferenz, mit einem Prozeß, den man als kontinuierliche „Umschrift der Differenz“ bezeichnen kann, und der vor allem in den Umbruchphasen der Vergeschlechtlichung auch durch radikale Brüche und Verwerfungen gekennzeichnet sein kann.“ (Gildemeister/Wetterer 1992, 223f.)

Anstelle des latenten Biologismus wird die Arbeitsteilung der Geschlechter, die zu ungleichen Chancen am Arbeitsmarkt und in weiterer Folge zu ungleichen Lebenschancen führt, bei Gildemeister und Wetterer durch die soziale Konstruktion von Geschlecht erzeugt. Wie Garfinkel (1967) und West/Zimmerman (1998) verwenden auch sie für ihre Argumentation Beispiele, in denen es zu einem Wechsel der Geschlechtsbedeutung kommt und beziehen sich auf den Geschlechtswechsel von Berufen. Denn die Vorstellung einer Natur der Zweigeschlechtlichkeit beruht auf einer Konvention, die in der „common sense-Struktur“ des Denkens tief verankert ist. Das Regelsystem der Geschlechterdifferenz ist gerade deshalb, weil es so selbstverständlich zu sein scheint, so schwer als soziale Konstruktion zu durchschauen (Gildemeister/Wetterer 1992, 240). Doch Beispiele, wie der Wechsel vom Schriftsetzer während des Handsatzes zur Schriftsetzerin in der beginnenden Phase des Maschineneinsatzes und der Rückführung der Schriftsetzerei zur männlichen Tätigkeit mit der Konsolidierung der Maschinensetzerei, oder der Wechsel vom Sekretär zur

Sekretärin, zeigen die gesellschaftliche Kontextbezogenheit weiblicher und männlicher Tätigkeiten. Sie verweisen dabei aber auch auf die Beharrlichkeit geschlechtsspezifischer Hierarchien.

„Betrachtet man Geschlecht in dieser Radikalität als ein generatives Muster, das aus sozialen Abläufen heraus entsteht, diese reproduziert und darin eine der grundlegenden Differenzierungen der Gesellschaft bildet und legitimiert, so wird es möglich, „Geschlecht“ als machtvolle ideologische Ressource zu begreifen – als ideologische Ressource, die Wahlmöglichkeiten und Grenzen herstellt, welche allein aufgrund einer bloßen sozialen Zuordnung zu einer (sozialen) Kategorie bestehen und keineswegs aufgrund einer wie auch immer unverrückbar gedachten Natur. Konsequenz wird in dieser Tradition daher nicht danach gefragt, was die ‚Substanz der Differenz‘ sei, sondern systematisch die Frage verfolgt, worin das Herstellungsverfahren der Differenz gründet, über welche Regeln und Regelstrukturen sie reproduziert werden.“
(Gildemeister/Wetterer 1992, 237)

Wetterers Kritik an der Zweigeschlechtlichkeit, die als Konsequenz der sozialen Konstruktion von Geschlecht entstand, richtet sich dabei nicht so sehr gegen die inhaltliche Auslegung der Geschlechterdifferenz, sondern gegen die grundsätzliche Unterscheidung von zwei Geschlechterkategorien (Wetterer 1992). Binäre Kategorien, so ihre Annahme, führen unvermeidlich dazu, dass das eine als Maßstab für das andere verwendet wird und zu einer Hierarchisierung der Kategorien führt. Doch wie sich am Beispiel des Rassismus zeigt, bleiben Hierarchien auch dann bestehen, wenn Kategorien vervielfältigt werden (Knapp 2002).

Auf den ersten Blick scheint ein Verständnis von Geschlecht als soziales Konstrukt zwar den Individuen mehr Spielraum einzuräumen, doch wird dieser durch ein komplexes Regelsystem gleich wieder eingeschränkt.

„Auch wenn es scheint, dass die konkrete Ausgestaltung – die ‚performance‘ in Goffmans Sinn – der persönlichen Gestaltung des Einzelnen gegenüber offen ist, so ist das Tun selber doch unvermeidlich – es ist unmöglich, sich nicht in irgendeiner Form auf die soziale Geschlechtszuordnung (sex category) und das soziale Geschlecht (gender) zu beziehen. Wir haben i.d.R. nicht die Wahl, ob wir von anderen eher als Frau oder eher als Mann wahrgenommen werden wollen, auch wenn sich in den letzten Jahrzehnten vor allem in subkulturellen Milieus Gestaltungsspielräume eröffnet haben.“
(Gildemeister/Wetterer 1992, 235)

Damit bleibt das Geschlechterverhältnis auch dann, wenn es als von Naturgesetzen befreit durch menschliches Handeln produziert gesehen wird, als Kategorie für die Sozialstruktur bestimmend. Geschlecht wird zur Statuskategorie (Wetterer 1992), die in und über Interaktion lebt.

3. Doing Gender und Gleichstellungspolitik

Überlegungen darüber, wie Geschlecht bzw. seine soziale Bedeutung entsteht und welchen Einfluss soziale Prozesse darauf ausüben, hat nicht nur zu Diskussionen innerhalb der feministischen Theorie geführt, sondern auch die politischen Forderungen zur Gleichstellung der Geschlechter beeinflusst. Versteht man Geschlecht als soziales Konstrukt, das durch Interaktionen immer wieder neu bestimmt wird und dessen Bewertung zur Aufrechterhaltung sozialer Strukturen beiträgt, so werden politische Prozesse und Institutionen selbst Gegenstand des doing gender. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wieweit Geschlecht in politischen Forderungen zentral bleiben soll, d.h. weiterhin als zentrale Strukturkategorie gesehen wird und wieweit Geschlecht als Strukturkategorie bestehen kann, ohne damit selbst Differenz zu konstruieren.

3.1 Doing Gender durch politische Institutionen

Analog zum Perspektivenwechsel von den Folgen zu den Ursachen der Geschlechterunterschiede stellt sich die Frage, wie staatliche Institutionen und politische AkteurInnen an der Konstruktion von Geschlecht mitwirken. Nicht nur Individuen sind am doing gender beteiligt, sondern auch Institutionen. Gesellschaftliche Regeln und Regelstrukturen – damit auch politische Institutionen – entstehen vor dem Hintergrund geschlechtsspezifischer Differenzierung und reproduzieren geschlechtsspezifische Ungleichheiten, indem sie den Verlauf sozialer Interaktionsprozesse durch das Festlegen von Rahmenbedingungen beeinflussen. Politische Institutionen vermitteln gewissermaßen *„in jener grundsätzlichen Spannung des Verhältnisses von Individuum und Sozialen, individueller Handlungsperspektive und Heteronomie“* (Gildemeister/Wetterer 1992, S. 237). Durch diese Wechselwirkung zwischen Individuum und Sozialem kommt den politischen Institutionen eine besondere Relevanz im sozialen Wandel zu. Sie können den gesellschaftlichen Wandel vorantreiben und zugunsten der Frauen eingreifen, können aber auch in überholten Strukturen verharren. Sowohl in Deutschland als auch in Österreich wird von verschiedenen AutorInnen eine Ungleichzeitigkeit in der Entwicklung der Politik festgestellt:

„Die staatliche Politik hat mit der Modernisierung des Geschlechterkontrakts, der sich auf der Ebene des Alltagshandelns von Frauen und Männern vollzogen hat, bisher nicht schrittgehalten: Die staatlichen Anreize und Restriktionen fördern immer noch stärker das Hausfrauenmodell der Versorgerehe als ihre modernisierte Version.“ (Pfau-Effinger 1993, 647)

Zu politischen Institutionen⁴ zählen einerseits solche „mit AkteurInnen“, wie Parlament, Regierung, Gerichte, Verwaltungseinrichtungen etc., und politische Institutionen „ohne AkteurInnen“ wie den Normsystemen, z.B. die Verfassung, gesetzliche Regelungen etc. Während politische Institutionen ohne AkteurInnen ähnlich wie soziale Institutionen das Verhalten durch ihre regulierende und orientierende Funktion prägen, sind politische Institutionen mit AkteurInnen zugleich immer auch Organisationen, die sowohl durch Organisationskultur als auch durch die Handlungen der AkteurInnen geprägt sind.

„Während Organisationen allein auf zweckrationale Motive begrenzt sind, mischen sich in politischen Institutionen zweckrationale, wertrationale und traditionelle Elemente zu einer eigenen sozialen und politischen Rationalität‘. Ihre Konstitution ist gekennzeichnet durch Praxis und Tradition und damit die Grenzen ihrer dezisionistischen Machbarkeit‘. Die Orientierungsfunktion kommt einer Sozialisationsfunktion gleich.“ (Ostendorf 1996, 25)

Ostendorf verweist darauf, dass politischen Institutionen bei der Konstruktion von Geschlecht besondere Relevanz zukommt, da sie Orientierungs- bzw. Sozialisationsleistungen für die Bevölkerung erbringen. Um den Einfluss der persönlichen Einstellungen der AkteurInnen zu identifizieren, ist es notwendig, sich mit den in den Institutionen tätigen Personen, dem „Wer“, zu befassen. Doch die Eigenlogik politischer Institutionen wird auch durch die Organisationsstrukturen und das Beziehungsgeflecht, dem „Wie“ der Institution geprägt. In ihrer Untersuchung zur Geschlechterpolitik in Bildungsinstitutionen identifiziert Ostendorf einige Elemente, die sich auch auf andere Politikbereiche, wie z.B. auf die Institutionen der Arbeitsmarktpolitik, übertragen lassen (Ostendorf 1996):

- Alle AkteurInnen der Implementierung und Umsetzung von Chancengleichheitskonzeptionen agieren vor dem Hintergrund mehr oder weniger formierter Geschlechterleitbilder. Chancengleichheitsfördernde Maßnahmen können daher unter Umständen schon deshalb auf Widerstand stoßen bzw. werden nur halbherzig umgesetzt, weil sie von den umsetzenden AkteurInnen (z. B. BeraterInnen in den Regionalen Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice) nicht akzeptiert werden – weil diese Maßnahmen und die damit verbundenen Ziele nicht ihrer Denkwelt entsprechen.
- In bestimmten Organisationen bzw. Abteilungen dominieren spezifische Persönlichkeitsprofile. Beispielsweise unterscheiden sich die persönlichen

⁴ In Anlehnung an Ostendorf (1996) wird hier zwischen sozialen und politischen Institutionen unterschieden. Soziale Institutionen sind relativ auf Dauer gestellte, durch Internalisierung verfestigte Verhaltensmuster und Sinngebilde mit regulierender und orientierender Funktion (vgl. Ostendorf 1996, 24f).

Einstellungen von Beschäftigten in staatlichen Verwaltungen mit ihren vorgezeichneten Karrierewegen und der hohen Arbeitsplatzsicherheit von jenen in der Privatwirtschaft oder in Frauenprojekten mit großteils ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen. Dazu kommen Unterschiede zwischen verschiedenen Tätigkeitsbereichen (z.B. Controlling vs. Frauenabteilungen) zwischen Männern und Frauen oder auch zwischen unterschiedlichen sozialen Schichten. Damit stellt sich die Frage, ob und wie eine Abstimmung erfolgt, ob es beispielsweise Inputs und Raum für inhaltliche Diskussionen gibt.

- Politische Institutionen wie Parteien, Verbände, Verwaltungen oder Gerichte sind in Phasen der politischen Rechtlosigkeit der Frauen entstanden und waren, bzw. sind heute noch immer, auf männliche Interessen und Lebenserfahrungen ausgerichtet. Damit wird es noch schwieriger, die Denkwelt und das Handeln der Institutionen zu verändern, zumal Frauen auch heute von Entscheidungspositionen weitgehend ausgeschlossen bleiben und männerbündisches Handeln ein konstitutives Element der Organisation darstellt. Selbst wenn Frauen in Gremien einbezogen werden, wird von ihnen ein bisheriges Denkwelten und Routinen konformes, weibliches Verhalten erwartet.
- Berufliche Gleichstellung läuft den allgegenwärtigen Prozessen des doing gender zuwider und stellt damit Prozesse und Mechanismen in Frage, die selbstverständlich - wenn nicht gar natürlich bedingt - und in vielfacher Weise funktional für die Organisation von Staat, Wirtschaft und Familie erscheinen. Eine Gleichstellung am Arbeitsmarkt hätte weit über den Arbeitsmarkt hinausreichende Konsequenzen und gefährdet sowohl individuelle Identitäten als auch die Sozialstruktur.
- Politische Maßnahmen verfolgen mehrere, unter Umständen widersprüchliche, Ziele. Je weniger die Konkretisierung bzw. Prioritätenfestlegung in den oberen Hierarchieebenen der Arbeitsmarktpolitik passiert, desto mehr sind die mit der unmittelbaren Umsetzung befassten AkteurInnen gezwungen, dies zu tun.

3.2 Bedeutungsverlust oder Omnirelevanz der Kategorie Geschlecht?

Wenn wir Geschlecht als soziale Konstruktion verstehen, gesellschaftliche Positionierung nicht mehr aufgrund des Geschlechts als „natürlich“ gegeben sehen, sondern historische Veränderungen der Geschlechterbeziehungen und die entsprechenden Deutungsmuster berücksichtigt werden, stellt sich die Frage, ob dies sozusagen einem Bedeutungsverlust der Kategorie „Geschlecht“ als sozialen Platzanweiser gleichkommt. Es geht also nicht nur um die Frage der Omnipräsenz von Geschlecht, wie sie West/Zimmermann (1998) aufgeworfen haben, sondern auch um die Frage der Omnirelevanz. Wie auch immer das Erkennen der Geschlechterzugehörigkeit funktioniert, zahlreiche Untersuchungen scheinen zu bestätigen,

dass Interaktionen unterschiedlich verlaufen, wenn Frauen mit Frauen, Männer mit Männern oder Frauen mit Männern interagieren. Doch von anderer Seite wird dies skeptisch betrachtet, da solche Befunde nah am Alltagsverständnis bleiben und in der Fragestellung bereits die Antwort mitformulieren, d.h. in ihrem empirischen Suchfokus das voraussetzen, was eigentlich untersucht werden sollte (Knapp 2000, 78).

Obwohl in der Theorie verstärkt die Krise der feministischen Zentralfigur „Geschlecht“ diskutiert wird, scheint Männlichkeit und Weiblichkeit in der Praxis weiterhin bedeutend. Ein geschlechterübergreifender Pluralismus von Biographien, die zunehmende Arbeitsmarktintegration von Frauen, die Pluralisierung von Lebensstilen und Familienformen können vielleicht Indizien eines Bedeutungsverlustes sein. Doch Geschlecht oder Geschlechterideologien bleiben für viele Bereiche wie die Segmentierung des Arbeitsmarktes oder die sexistische Diskriminierung und Gewalt relevant (Becker-Schmidt/Knapp 2000, 147). Die Kategorie Geschlecht mag zwar nicht alle Ungleichheitsphänomene zwischen Individuen erklären, aber spielt sicherlich weiterhin eine zentrale Rolle im Sinne einer Basis-Klassifikation, wie dies von Gildemeister und Wetterer gesehen wird.

„Wenn wir zuvor die Geschlechts-Kategorisierung als omnirelevant für alle Angelegenheiten des täglichen Lebens bezeichnet haben, haben wir auf sie rekurriert als eine Basis-Klassifikation, die zahllose weitere Klassifikationen hervorbringt und die darin Wahrnehmung, Denken, Gedächtnis und auch Gefühle steuert. Auf ihrer Grundlage bildet sich qua Analogiebildung ein ganzes institutionelles Geflecht, ohne daß die Klassifikation selber darin notwendig thematisch wird. Die Verpflichtung, entweder Frau oder Mann zu ‚sein‘, wirkt subtil als ein invarianter, aber fast unbemerkter Hintergrund in der handlungspraktischen Realisierung sozialer Situationen.“ (Gildemeister/Wetterer 1992, 245)

Geschlechterpolitik als Gleichstellungspolitik wird damit nicht überflüssig, im Gegenteil, erhält durch die soziale Konstruktion neue Argumente. Denn mit der Annahme, dass die Positionierung von Frauen und Männern nicht auf ihre Körperlichkeit oder ihr „Wesen“ zurückzuführen ist, wird die Ausgangsposition in Frage gestellt und werden Veränderungsforderungen erhoben (Henninger 2000, 24).

3.3 Paradoxien einer konstruktivistischen Politik

Wenn Geschlecht sozial und gesellschaftlich konstruiert ist, wie können dann Frauen als Zielgruppe der Politik behandelt werden? ‚Die Frauen‘ gehen als politisches Subjekt verloren, wenn nicht mehr davon ausgegangen werden kann, dass Frauen per se gleiche Interessen haben. Frauenpolitik kommt damit in eine schwierige Situation, da sie seine Schlagkraft als Identitätspolitik verliert. Doch nicht nur in der feministischen Politik werden

Frauen als Kollektivsubjekt in Frage gestellt, auch das Erkenntnisobjekt feministischer Theorie oder die Relationen sozialer Ungleichheitslagen sind damit unbestimmt.

Doch das Manko, dass Frauenpolitik nicht länger in der Einforderung von qua Geschlecht existierenden gemeinsamen Fraueninteressen bestehen kann und damit einem konflikthaften Aushandlungsprozess ausgesetzt ist, kann zugleich auch als Chance gesehen werden. Die Annahme, dass sich Frauen- und Männerinteressen nicht konträr gegenüberstehen, erweist sich dann als produktiv, wenn die AkteurInnen ihre Interessen und Strategien empirisch überprüfen und dabei Widersprüche und Konflikte offen legen.

„Wenn Fraueninteressen nicht strukturell vorgegeben sind, wird es erforderlich, die AkteurInnen, ihre Interessen und Strategien der Politikumsetzung empirisch zu identifizieren. Dabei werden möglicherweise unterschiedliche Politikkonzepte sichtbar, die zu Widersprüchen und Konflikten bei der Umsetzung von Frauenpolitik führen und die Kooperation im Netzwerk beeinflussen. Ebenso können politische Erfolge bzw. Misserfolge dann an den Zielen gemessen werden, die von den AkteurInnen selbst angestrebt werden.“ (Henninger 2000, 29)

Doch mit der sozialen Konstruktion von Geschlecht wird auch fraglich, wieweit Geschlecht als Ziel- und Analysekatgorie bestehen kann, ohne damit selbst Differenz zu konstruieren.

„Um die hierarchische Struktur des Geschlechterverhältnisses abzubauen, beschreiten sie (notgedrungen) einen Weg, der immer auch als Reifizierung und Neu-Dramatisierung der Differenz und damit des binären Grundmusters zu verstehen ist und der eben damit das Koordinatensystem von Gleichheit und Differenz, von ‚männlich‘ und ‚weiblich‘ nicht verschiebt.“ (Gildemeister/Wetterer 1992, 248)

Es kommt damit zu einem Paradoxon in der Gleichstellungspolitik. Eine Politik, die nur auf eine Enthierarchisierung der Differenz hinausläuft, bestätigt den Klassifikationsvorgang. So tragen Frauenquoten oder Frauenförderpläne zu Stigmatisierung und Diskriminierung bei, indem Frauenförderung zur „Dramatisierung der Geschlechterdifferenz“ und damit zu einer neuen Form der Konstruktion der Differenz führt. Aber auch eine politische Strategie die nicht nur Geschlechterhierarchien beseitigt, sondern auch die Differenz dekonstruiert, kann dies nur unter Zuhilfenahme von Geschlechterkonstruktionen tun.

In der Literatur wird zwar vielfach auf dieses Paradoxon aufmerksam gemacht, sie bietet aber keine Lösungen für dieses Dilemma. Mittelfristig scheint eine Gleichzeitigkeit einander auch widersprechender Zielsetzungen in der Gleichstellungspolitik notwendig. Die Kategorie Geschlecht muss ihre Relevanz für die Untersuchung von Frauen- und Gleichstellungspolitik behalten, denn die gesellschaftliche Struktur der Zweigeschlechtlichkeit bildet die Folie für die (Selbst-)Wahrnehmung und das politische Handeln von Individuen. Frauen und Gleichstellungspolitik darf aber nicht die biologische Differenz der Geschlechter verfestigen.

„Wenn sich feministische Politik aufgrund des oben genannten Paradoxes in einer Situation befindet, die sie dazu nötigt, zwischen allen Stühlen zu sitzen, sollten wir wenigstens wissen, zwischen welchen.“ (Gildemeister/Wetterer 1992, 250)

4. Doing Gender und Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming bezieht sich auf das soziale Geschlecht – wie dies schon im Begriffanklingt. Gender Mainstreaming resultiert aus der Erkenntnis, dass Politik niemals geschlechtsneutral wirkt, sondern unterschiedliche Möglichkeiten und Effekte für Frauen und Männer bringt. Selbst was vordergründig geschlechtsneutral erscheint, birgt aufgrund der verschiedenen Lebensbedingungen und Interessen von Frauen und Männern unterschiedliche Zugänge zu Ressourcen in sich (vgl. Stiegler 2002). Die beteiligten AkteurInnen sollen daher ihre Aufmerksamkeit für die Geschlechterwirkung schärfen und ihr Handeln entsprechend einer geschlechtssensiblen Politik verändern. Entsprechend der Definition des Europarates besteht Gender Mainstreaming

„... in der (Re-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung von Entscheidungsprozessen mit dem Ziel, dass die an politischer Gestaltung beteiligten Akteurinnen und Akteure den Blickwinkel der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in allen Bereichen und auf allen Ebenen einnehmen.“ (Council of Europe 1998, 11).

Das heißt, der politische Prozess soll dahingehend verändert werden, dass der Gender-Aspekt in die Mitte des politischen Handelns, in den Mainstream, gesetzt wird, also in allen Phasen und auf allen Ebenen die jeweiligen geschlechtsspezifischen Wirkungen mitgedacht werden.

Gender Mainstreaming setzt damit direkt am doing gender von politischen Institutionen an: Die Perpetuierung der Geschlechterhierarchien durch politische Institutionen soll dadurch verhindert werden, dass etwaige Benachteiligungen eines Geschlechts systematisch kontrolliert und damit schon im Entstehungsprozess vermieden werden. Es gilt dabei nicht nur die direkten Benachteiligungen von Frauen oder Männer zu verhindern, sondern das Alltagsverständnis von Geschlecht zu hinterfragen. Denn es sind die alltäglichen Annahmen über das Geschlecht, die die hierarchische Geschlechterordnung mit den damit verbundenen Benachteiligungen von Frauen unterstützen.

In der Definition des Europarates von Gender Mainstreaming wird auf die soziale Konstruktion und die im Alltagsverständnis unhinterfragten Annahmen über das Geschlecht verwiesen:

„Gender ist eine künstliche soziale Definition von Frauen und Männern. Es ist der soziale Ausdruck des biologischen Geschlechts, der von den Vorstellungen, Aufgaben, Funktionen und Rollen bestimmt wird, die man den Frauen und Männern in der Gesellschaft sowie im öffentlichen und privaten Leben zuschreibt. Es ist eine kulturspezifische Definition von weiblich und männlich, die daher nach Zeit und Raum unterschiedlich ist. Die Konstruktion und Reproduktion von Gender geschieht sowohl auf der individuellen als auch der gesellschaftlichen Ebene. Beide sind gleichermaßen wichtig. Jeder Einzelne trägt durch das, was er tut, zur Ausformung der Geschlechterrollen und Normen bei und reproduziert sie, indem er sich diesen Erwartungen gemäß verhält. Das Bewusstsein dafür nimmt zu, dass das soziale Geschlecht auch auf politischer und institutioneller Ebene berücksichtigt werden muss. Politische Konzepte und Strukturen bestimmen die Lebensbedingungen in großem Ausmaß und institutionalisieren dadurch oft die Aufrechterhaltung der Reproduktion des sozialen Gender-Konstrukts. Ohne dass man sich dessen bewusst wäre, entsteht aus alltäglichen Routinen und den täglichen politischen Entscheidungen eine Geschichte der Diskriminierung.“ (Council of Europe 1998, 5f)

Anders als häufig argumentiert, wird durch Gender Mainstreaming also nicht nur eine Prozessstrategie festgelegt, sondern auch Weichenstellungen für geschlechterpolitische Zielsetzungen gestellt. Mit dem Begriff *Gender* sind inhaltliche Botschaften verknüpft, die auf dem Ansatz des doing gender basieren (vgl. Stiegler 2002, 15f):

1. Geschlecht ist kein natürlich vorgegebenes Merkmal, sondern seine Erscheinungsform wird historisch, schichtspezifisch und kulturell konstituiert.
2. Auch Männer haben ein Geschlecht. Geschlechtlichkeit beinhaltet für Männer im gleichen Maße wie für Frauen eine gesellschaftlich bedingte, historisch geformte Zuschreibung von Anforderungen, Rollen und Normen.
3. Gender ist nicht nur eine Zuschreibung zu Personen, sondern die Zweigeschlechtlichkeit strukturiert auch soziale Systeme und Regelwerke. Strukturen sind nicht geschlechtsneutral. Daher müssen Zuweisungsmechanismen und Regelungssystematiken analysiert werden, die zum „Gendering“ beitragen.

Doch gerade diese inhaltliche Ausrichtung wird in der Umsetzung von Gender Mainstreaming kaum berücksichtigt. Gender Mainstreaming bleibt bislang den traditionellen, d.h. bipolaren und am natürlichen Geschlecht orientierten Leitbildern verhaftet. Dies wird unter anderem auf den fehlenden Bezug zur feministischen Theorie zurückgeführt. So werden im Gender Mainstreaming Ansatz zwar Begriffe der feministischen Bewegung wie Gleichheit, Differenz oder Gender verwendet, doch ihre RepräsentantInnen bleiben im Hintergrund. Aus der Vielfalt von Gender-Definitionen wurde auch vom Europarat eine

ausgewählt, ohne Bezug auf die Theoriegeschichte des Begriffs bzw. auf feministische Theoretikerinnen zu nehmen (vgl. Huschke 2002, 92).

Obwohl der Begriff Gender Mainstreaming von der feministischen Bewegung entwickelt wurde, stellt er sich eher als Erfindung der Bürokratie dar. Die Instrumentalisierung von Sprache und Logik des Managements⁵ mag durchaus eine hilfreiche Strategie sein, um feministischen Forderungen im neuen Gewand Gehör zu verschaffen. So kann auch der mangelnde Bezug zum Feminismus als Vorteil gesehen werden im Sinne vom „Loslassen von Ballast“, der Verbreiterung des Politikansatzes, der Einbeziehung von Männern und sonstiger Personen, die dem feministischen Diskurs nicht zugänglich sind. Allerdings ist der „Ballast“ unter der Oberfläche wohl nicht loszuwerden bzw. ist es nicht sinnvoll davon zu abstrahieren, denn für die Füllung des Gender Mainstreaming-Gleichstellungsbegriffs bedarf es doch der Rekurse auf die Gender-Debatte (vgl. Weinbach 2001). Seine „rhetorische Modernisierung“ (Wetterer 2003) birgt die Gefahr in sich, dass die Begriffe in einer Form definiert werden, die zwar von allen akzeptiert werden können, aber zu keiner Umverteilung zwischen den Geschlechtern führen.

Die Praxis der Implementierung von Gender Mainstreaming zeigt, dass sich die Bedeutungsreflexion von gender vielfach darauf beschränkt, dass die Betrachtungsebene die Geschlechterverhältnisse, d.h. Frauen *und* Männer sind. Auf die soziale Konstruktion von Geschlecht, die die Zweigeschlechtlichkeit in Frage stellt, wird nicht weiter eingegangen. Im Gegenteil, die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern werden betont und die Differenzen innerhalb von Frauen bzw. innerhalb von Männern vernachlässigt. Es kommt also eher zu einer (Re-)Aktivierung tradiert, zweigeschlechtlich strukturierter Denk- und Deutungsmuster (Wetterer 2003, 138).

Dies erweist sich insbesondere für politische Institutionen, die durch individuelle AkteurInnen wirken, als problematisch. Bei der Festlegungen von Gesetzen oder Maßnahmen können Personen mit Gender-Kompetenz hinzugezogen werden, die also mit ideologischen und strukturellen Barrieren vertraut sind. Doch in der Umsetzung von Gleichstellungspolitik, wie sie beispielsweise im Alltagsgeschäft von arbeitsmarktpolitischen Beratungen vollzogen werden, zeigt sich, dass die Anweisungen für Gender Mainstreaming unklar und unbestimmt bleiben, so dass Geschlechterhierarchien und -stereotypen durch das Handeln dieser AkteurInnen weiterhin verstärkt werden, dem doing gender mit seiner hierarchisierenden Wirkung kaum entgegen getreten wird (vgl. Leitner, Kreimer 2004).

⁵ Neben dem schwer übersetzbaren Begriff Gender Mainstreaming sind im Zusammenhang mit Chancengleichheit auch Begriffe wie Managing Diversity oder Benchmarking in Verwendung (vg. Wetterer 2003).

5. Schlussfolgerungen

Inzwischen hat sich die Annahme einer sozialen Konstruktion von Geschlecht in der feministischen Forschung weitgehend durchgesetzt (vgl. Holland-Cunz 1999). Im deutschen Raum finden sich zwei Schwerpunkte der konstruktivistisch orientierten Analysen: Der erste bezieht sich auf die Zuschreibung und die Darstellung von Geschlechtszugehörigkeit der Individuen. Der zweite auf Probleme sozialer Ungleichheitslagen im Geschlechterverhältnis, Fragen der asymmetrischen Positionierung von Frauen und Männern im Ordnungssystem der Zweigeschlechtlichkeit und der sozialstrukturellen Auswirkungen des doing gender. Inwieweit aber das Geschlecht, auch das biologische Geschlecht, sozial bestimmt ist, wie dies von Butler (1991) argumentiert wird, oder ob es einen Rest Biologie gibt, ist weiterhin in Diskussion (Knapp 2000).

Weniger klar ist, wieweit das doing gender, das zu Benachteiligungen von Frauen führt, verhindert werden kann und wie Gegenstrategien in der politischen Praxis gesetzt werden können. Insgesamt scheint in der Gleichstellungspolitik das bipolare Konzept der biologisch bestimmten Geschlechter weithin bestimmend. Die etablierten Chancengleichheitsstrategien Gleichbehandlung (die primär über Gesetze geregelt ist) und Frauenförderung (Frauenquoten oder spezifische Maßnahmen für Frauen um Benachteiligungen abzubauen) zielen auf die Genus-Kategorie Frau.⁶ Erst mit der Strategie Gender Mainstreaming bezieht man sich auf das Konzept der sozialen Konstruktion von Geschlecht.

In der politischen Praxis muss jedoch selbst beim Gender Mainstreaming ein Rückschritt gegenüber der feministischen Theorie attestiert werden. Mit der Beibehaltung traditioneller Geschlechtervorstellungen wird dem Biologismus, der eine unterschiedliche Behandlung von Frauen und Männern aufgrund ihres Geschlechts legitimiert, wiederum die Tür geöffnet.

„Nach diesen Unterschieden zwischen Frauen und Männern wird in Zukunft mit nie gekannter Intensität gefahndet werden... und [es] gibt kaum eine methodisch geeinigtere Vorkehrung als diese, um derartige Unterschiede in Hülle und fülle zu finden, ihre soziale Bedeutung zu verstärken, teils sogar zu erfinden und Ähnlichkeiten zwischen den Geschlechtern ebenso auszublenden, wie die wachsende Ungleichheit unter Frauen bzw. Männern.“ (Wetterer 2003, 137)

Entsprechend dieser Einschätzung verstärkt Gender Mainstreaming die traditionellen Geschlechterannahmen und -stereotypen und trägt durch politische Maßnahmen und politisches Handeln zum doing gender bei. Es erfolgt eine Legitimation traditioneller Arbeitsteilung durch biologische Unterschiede oder des „weibliches Arbeitsvermögens“, ohne dass unterschiedliche Möglichkeiten und Spielräume innerhalb der Geschlechter beachtet

⁶ Zur Unterscheidung unterschiedlicher Chancengleichheitsstrategien vgl. Wroblewski et al. 2005; Verloo 2001.

werden. Die Theorie der sozialen Konstruktion von Geschlecht hat demnach kaum Auswirkungen auf die Politikgestaltung.

Die „Trivialisierung“ wissenschaftlicher Konzepte mag zwar der Preis dafür sein, dass sozialwissenschaftliche Begriffe und Forschungsergebnisse in der politischen Praxis entsprechend der dort vorherrschenden Relevanzen angewandt werden (Meuser 2004). So scheint es einerseits auch logisch, dass Geschlechterpolitik die alltäglichen Geschlechtererfahrungen aufnimmt.

„Geschlechterpolitik muss an dem in der sozialen Welt vorherrschenden Verständnis von Geschlecht anknüpfen, um überhaupt als Politik, die für die Belange und Interessen von Frauen und Männern relevant ist, wahr- und ernst genommen zu werden. Andernfalls liefe sie Gefahr, die Erfahrungen der Gesellschaftsmitglieder zu ignorieren und zu entwerten.“ (Meuser 2004, 333)

Andererseits muss aber Wissenschaft seine Reflexionsfunktion behalten, indem sie die Politik herausfordert, die Fallstricke ihrer Logik und Handlungsrelevanzen ständig zu beobachten. Diesen Spagat gilt es insbesondere für Gender Mainstreaming zu meistern, ist doch diese Strategie dazu aufgerufen, die Gendersensibilität zu erhöhen.

Um die Verstärkung geschlechtsspezifischer Benachteiligungen durch politische Funktionen zu verhindern, müssen bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming die traditionellen Vorstellungen über Geschlecht stärker in Frage gestellt und diesen aktiv entgegen getreten werden. Dabei entgeht man dem Paradoxon einer konstruktivistischen Gleichstellungspolitik, indem nicht die bestehenden Unterschiede zwischen Frauen und Männern, sondern die politischen Prozesse, die diese Unterschiede prägen, zum Ziel werden. Wann immer politische Maßnahmen eine geschlechtsspezifische Zuweisung von Arbeit, Orientierung oder Ressourcen beinhalten, sollen die damit verbundenen Geschlechtervorstellungen und -wirkungen überprüft werden. Damit wird nicht geleugnet, dass sich Frauen und Männer real unterscheiden. Aber die Unterschiede werden nicht auf das Wesen der Geschlechter zurückgeführt, gelten dementsprechend nicht für alle Frauen und Männer gleichermaßen und wirken simultan mit ethnischen, regionalen oder Klassenunterschieden.

Das Konzept des Managing Diversity, in dem Geschlecht mit anderen sozialstrukturell bedingten Ungleichheitslagen wie Klasse, Ethnizität, Region etc. verknüpft ist, scheint möglicherweise besser geeignet, um die tradierten bipolaren Denkgewohnheiten und Deutungsmuster aufzubrechen. Geschlecht wird dabei als eine Humanressource gesehen, die die Schlechterstellung eines Geschlechts aus betriebswirtschaftlichen Gründen ausschließt und Geschlechtergerechtigkeit als Wettbewerbsvorteil fördert (Bereswill 2004). Freilich erfolgt diese Dekonstruktion von Geschlecht um den Preis, dass Geschlecht nicht mehr als dominante Dimension sozialer Ungleichheit wahrgenommen wird und die dekonstruktivistische Praxis seinen kritischen Anspruch verliert (Meuser 2004).

Um den traditionellen Vorstellungen von Geschlecht aktiv entgegenzutreten, reicht jedenfalls das Alltagsverständnis bzw. die persönlichen Erfahrungen von Geschlecht („Ich weiß, wie Männer/Frauen sind, ich bin selbst einer/eine“ oder „Ich kenne meinen Mann/meine Frau und weiß daher, was Männer/Frauen wollen“) nicht aus, sondern muss das hochkomplexe Konstrukt von gender verstanden werden. Dafür ist Genderkompetenz als Kombination von Genderwissen, Fachkompetenz sowie Sozial- und Selbstkompetenz erforderlich, was bei den AkteurInnen des Gender Mainstreaming Prozesses keineswegs vorausgesetzt werden können. Selbst Personen, die zentral in der Frauenförderung mitgewirkt haben, fehlt teilweise Wissen, um Wirkungsmechanismen der Geschlechterbenachteiligung mit den konkreten Organisationsmechanismen politischer Institutionen in Verbindung zu bringen. Um das attestierte Umsetzungsdefizit von Gender Mainstreaming zu vermindern, müssen also noch verstärkt Wissen aufgebaut und Qualifikationen für Gender Mainstreaming entwickelt werden. Denn die Schlussfolgerung von Wetterer (2003), dass die politische Praxis mit ihrer Betonung der Zweigeschlechtlichkeit der Zählebigkeit und Veränderungsresistenz der Geschlechterverhältnisse als sozialer Strukturzusammenhang entspricht, ist aufgrund der zunehmenden Differenzierung zwischen Frauen sowie zwischen Männern kaum zufriedenstellend.

6. Literatur

- Acker, Joan (1990): Hierarchies, Jobs, Bodies: A theory of gendered Organizations. In: *Gender & Society*, 2, 139-158.
- Becker-Schmidt, Regina & Knapp, Gudrun-Axeli (2000): *Feministische Theorien*. Hamburg.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1979): *Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt. Zur Ideologie und Realität von Frauenberufen* (2. Aufl.). Frankfurt a. M./New York.
- Behnke, Cornelia & Meuser, Michael (1999): *Geschlechterforschung und qualitative Methoden*. Leske + Budrich Opladen.
- Bereswill, Mechthild (2004): „Gender“ als neue Humanressource? Gender Mainstreaming und Geschlechterdemokratie zwischen Ökonomisierung und Gesellschaftskritik. In: Meuser, Michael & Neusüß, Claudia (Hrsg.): *Gender Mainstreaming. Konzepte, Handlungsfelder, Instrumente*. Bonn, 52 – 70.
- Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt a. M.
- Council of Europe (1998): *Gender Mainstreaming. Conceptual framework, methodology and presentation of good practices. Final Report of Activities of the Group of Specialists on mainstreaming*. (Dokument EG-S-MS(98)2), Straßburg.
- Frey, Regina (2003) *Gender im Mainstreaming. Geschlechtertheorie und -praxis im internationalen Vergleich*. Königstein/Taunus.
- Garfinkel, Harold (1967): *Studies in Ethnomethodology*, Englewood Cliffs.
- Gildemeister, Regine & Wetterer, Angelika (1992): *Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung*. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): *Traditionen Brüche*. Freiburg, 201-254.
- Hagemann-White, Carol (1984): *Sozialisation: Weiblich – männlich?* Opladen.
- Henninger, Annette (2000): *Frauenförderung in der Arbeitsmarktpolitik. Feministische Rückzugsgefechte oder Zukunftskonzept?* Opladen.
- Holland-Cunz, Barbara (1999): *Naturverhältnisse in der Diskussion. Die Kontroverse um „sex and gender“ in der feministischen Theorie*. In: Bauhard, Christine/von Wahl, Angelika (Hg.): *Gender and Politics. „Geschlecht“ in der feministischen Politikwissenschaft*. Opladen, 15-28.
- Huschke, Jenny (2002): *Gender Mainstreaming. Eine frauenpolitische Initiative der EU oder nur ein weiteres Schlagwort?* Osnabrück.
- Klinger, Cornelia (2001): *Gleichheit und Differenz. Von alten Sackgassen und neuen Wegen*. In: *juridikum* 3/01, 108-111.
- Knapp, Gudrun-Axeli (2000): *Konstruktion und Dekonstruktion von Geschlecht*. In: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli: *Feministische Theorien*. Hamburg, 63-102.
- Leitner, Andrea & Kreimer, Margareta (2004): *Von Frauenförderung zu Gender Mainstreaming*. Unveröffentlichter Projektbericht. Wien.
- Leitner, Sigrid (2002): *Alte Gräben – neue Fronten*. In: Maier Friederike & Fiedler Angela (Hg.): *Gender Matters: feministische Analysen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik /Fachhochschule Berlin*: Ed. Sigma, 161-180.
- Meuser, Michael (2004): *Gender Mainstreaming: Festschreibung oder Auflösung der Geschlechterdifferenz? Zum Verhältnis von Geschlechterforschung und Geschlechterpolitik*. In: Meuser, Michael & Neusüß, Claudia (Hrsg.): *Gender mainstreaming. Konzepte, Handlungsfelder, Instrumente*. Bonn, 322 – 336.
- Money, John & Hampson, John G. (1955): *An examination of Some Basix Secual Conseptx. The Evidence of Human Hermaphroditism*, in: *Bulletin of Johns Hopkins Hospital* 97,

- 301-319. Zitiert nach Becker-Schmidt/Knapp 2000.
- Ostendorf, Helga (1996): Überlegungen zur Geschlechterpolitik staatlicher Institutionen – Die Chancen der Implementation frauenfördernder Bildungsprogramme. In: Zeitschrift für Frauenforschung 3/96, 23-38.
- Ostner, Ilona (1982): Beruf und Hausarbeit. Die Arbeit der Frau in unserer Gesellschaft. 3. Aufl. (1. Aufl. 1987). Frankfurt a. M.
- Pasero, Ursula (1994): Geschlechterforschung revisited: konstruktivistische und systemtheoretische Perspektiven. In: Wobbe, Th./Lindemann, G. (Hg.): Denksachsen. Zur theoretischen und institutionellen Rede vom Geschlecht. Frankfurt a.M., 264-296.
- Pfau-Effinger, Birgit (1993): Macht des Patriarchats oder Geschlechterkontrakt? In: Prokla 4/93, 633-663.
- Stiegler, Barbara (2002): Gender macht Politik. 10 Fragen und Antworten zum Konzept Gender Mainstreaming. Herausgegeben vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung. September 2002.
- Tondorf, Karin (2001a): Gender Mainstreaming – verbindliches Leitprinzip für Politik und Verwaltung. In: WSI Mitteilungen 4/2001, 271 – 279.
- Verloo, Mieke (2001): Another Velvet Revolution? Gender Mainstreaming and the Politics of Implementation. IWM Working Paper No. 5/2001. Wien.
- West, Candace & Zimmerman, Don H. (1998): Doing Gender. In: Myers, Kristen A., Anderson, Cynthia d. & Risman, Barbara J. (Hg.): Feminist Foundations, Towards Transforming Sociology. Thousand Oaks u.a., 167-190 (Erstauflage in Gender & Society 1987, Vol. 1, No. 2, 125-151)
- Wetterer, Angelika (1992): Theoretische Konzepte zur Analyse der Marginalität von Frauen in hochqualifizierten Berufen. In: Wetterer, Angelika (Hg.): Profession und Geschlecht. Über die Marginalität von Frauen in hochqualifizierten Berufen. Frankfurt a. M./New York.
- Weinbach, Heike (2001): Über die Kunst, Begriffe zu fluten. In: Forum Wissenschaft 2/01, 6 – 10.
- Wetterer, Angelika (2003): Gender Mainstreaming und Managing Diversity. Rhetorische Modernisierung oder Paradigmenwechsel in der Gleichstellungspolitik. In: Schacherl, Ingrid (Hg.): Gender Mainstreaming Kritische Reflexionen. Innsbruck, 131-151.
- Wroblewski, Angela; Gindl, Michaela; Leitner, Andrea; Pellert, Ada; Birgit Woitech, Lorenz, Lassnigg; Wolfgang Polt (2005): Wirkungsanalyse frauenfördernder Maßnahmen des bm:bwk. IHS-Projektbericht. Wien.

Andrea Leitner

Gender als mainstream. Doing Gender in Theorie und politischer Praxis

Reihe Soziologie / Sociological Series 70

Editor: Beate Littig

Associate Editor: Gertraud Stadler

ISSN: 1605-8011

© 2005 by the Department of Sociology, Institute for Advanced Studies (IHS),
Stumpergasse 56, A-1060 Vienna • ☎ +43 1 59991-0 • Fax +43 1 59991-555 • <http://www.ihs.ac.at>
